



Pressemitteilung

Luxemburg, den 13. September 2018

Einsatz der Kohäsionsmittel sollte nicht zum Selbstzweck werden, so das Fazit des Rechnungshofs

Wie aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervorgeht, sollten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten die Kohäsionsmittel wirksamer einsetzen. Durch die Verzögerungen bei der Fertigstellung des Rechtsrahmens und den langsamen Fortschritt bei den Ausgabenplänen entsteht bei den nationalen Behörden Druck, die Mittel schnell einzusetzen. Davor warnt der Hof, denn dies kann mitunter auf Kosten der Wirtschaftlichkeit gehen. Erst spät versuchte die Kommission, die Schwierigkeiten beim Einsatz der Mittel bei einigen Programmen zu beheben, ihre Maßnahmen und die der Mitgliedstaaten wirkten sich hingegen positiv auf die Mittelausschöpfung aus.

Die Kohäsionsmittel werden den Mitgliedstaaten für einen siebenjährigen Ausgabenzeitraum im Voraus zugewiesen und ihnen in jährlichen Mittelzuweisungen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums genutzt werden müssen, zur Verfügung gestellt. Gegenstand der Prüfung war der Mitteleinsatz während des Zeitraums 2007-2013 sowie die Maßnahmen, welche die Mitgliedstaaten ergriffen haben, um die Mittelausschöpfung dort, wo Schwierigkeiten auftraten, mithilfe der Unterstützung der Kommission zu erhöhen. Während dieses Zeitraums betrug die Gesamtmittelausstattung für die 28 EU-Mitgliedstaaten 346 Milliarden Euro. Der Hof verglich außerdem die Ausgabenmuster mit denen der Zeiträume 2000-2006 und 2014-2020. Es fanden Prüfbesuche in vier Mitgliedstaaten statt: in der Tschechischen Republik, Italien, Ungarn und Rumänien.

Der Hof stellte fest, dass sowohl für den Zeitraum 2007-2013 als auch den Zeitraum 2014-2020 die späte Verabschiedung des Rechtsrahmens eine späte Annahme der Operationellen Programme nach sich zog. Für den Zeitraum 2007-2013 waren die meisten Programme erst zwölf Monate nach Beginn des Programmplanungszeitraums angenommen worden, was unvermeidliche Folgeauswirkungen auf den Mitteleinsatz hatte.

Der Hof merkte an, dass die Durchführung im Zeitraum 2007-2013 langsam, im Zeitraum 2014-2020 jedoch noch schleppender anlief. Außerdem bedeutete die Überschneidung der

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs.

Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

Mark Rogerson – Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer – Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu

@EUAuditors

eca.europa.eu

Programmplanungszeiträume, dass die Mitgliedstaaten noch immer Mittel des vorherigen Zeitraums ausgaben, als der nachfolgende Zeitraum bereits begonnen hatte.

"Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Situation vermieden wird, in der zum Ende des Programmplanungszeitraums noch Mittel in beträchtlicher Höhe überhastet eingesetzt werden müssen, da dann unter Umständen nicht ausreichend auf eine optimale Mittelverwendung geachtet wird. So wird der Mitteleinsatz zum Selbstzweck und dient nicht mehr dazu, die politischen Ziele zu erreichen", so Henri Grethen, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs.

Im Zeitraum 2007-2013 überwachte die Kommission die Mittelausschöpfung - d. h. das Ausmaß, in dem die Mittel in den Mitgliedstaaten eingesetzt wurden. Aber erst gegen Ende des Jahres 2014 richtete sie eine Taskforce ein, um die Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten beim Mitteleinsatz für einige Programme hatten, zu unterstützen. Die Unterstützung durch die Taskforce zusammen mit den von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen führten zu einer deutlichen Erhöhung des Mitteleinsatzes: Anfang 2018 beliefen sich die Zahlungen auf 97,2 % der Mittelzuweisungen. Bis Ende 2017 waren 4,4 Milliarden Euro noch nicht verwendet worden. Die Kommission ist noch dabei, den Zeitraum 2007-2013 abzuschließen, und der Gesamtwert der Zahlungen sowie die nicht verwendeten Mittel sind noch zu ermitteln.

Um die Mittelausschöpfung zu verbessern, haben die Mitgliedstaaten Programme überarbeitet, Projekte in Tranchen unterteilt und die EU-Mittel zur Kofinanzierung von bereits aus nationalen Mitteln finanzierten Projekten genutzt. Allerdings stand bei einigen dieser Maßnahmen eher der Einsatz der Mittel und die Einhaltung der Vorschriften im Vordergrund als die Ergebnisse, so der Hof. Häufige Überarbeitungen von Programmen lassen Zweifel an der Fundiertheit der dem Programmplanungsprozess zugrunde liegenden Analysen aufkommen. Außerdem hat die Kommission keinen umfassenden Überblick über die verwendeten Maßnahmen und deren Auswirkungen, da keine ausreichenden Informationen von den Mitgliedstaaten bereitgestellt wurden und Einschränkungen bei der Berichterstattung bestehen.

Der Hof empfiehlt der Europäischen Kommission,

- den Gesetzgebungsorganen einen Zeitplan vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass die Durchführung zu Beginn des Programmplanungszeitraums anlaufen kann;
- sicherzustellen, dass bei der Überarbeitung der Operationellen Programme eine fundierte und umfassende Bewertung zugrunde gelegt wird und die Überarbeitung zum Ziel hat, bessere Ergebnisse zu erreichen;
- die Mittelausschöpfung zu überwachen, eine langsame und schnelle Mittelausschöpfung zu ermitteln sowie die Auswirkungen von Maßnahmen zu bewerten;
- dafür Sorge zu tragen, dass das Erreichen von Ergebnissen im Vordergrund steht.

Hinweis für den Herausgeber

Das Ziel der Kohäsionspolitik besteht darin, Ungleichgewichte im Entwicklungsstand der Regionen in der Europäischen Union zu verringern. Dafür wird rund ein Drittel des EU-Haushalts eingesetzt. Die entsprechende Mittelausstattung belief sich zu jeweiligen Preisen im Programmplanungszeitraum 2000-2006 auf rund 261 Milliarden Euro, im Programmplanungszeitraum 2007-2013 auf rund 346 Milliarden Euro und im

Programmplanungszeitraum 2014-2020 auf rund 365 Milliarden Euro. Die Mittel werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds und dem Kohäsionsfonds bereitgestellt.

Der Sonderbericht Nr. 17/2018 "Die Maßnahmen der Kommission und der Mitgliedstaaten während der letzten Jahre der Programme 2007-2013 halfen gegen niedrige Mittelausschöpfung, waren jedoch nicht ausreichend ergebnisorientiert" ist in 23 EU-Sprachen auf der Website des Hofes (www.eca.europa.eu) abrufbar.

Der Europäische Rechnungshof stellt seine Sonderberichte dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU sowie anderen betroffenen Parteien wie nationalen Parlamenten, Wirtschaftsakteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft vor. Der weitaus größte Teil der Empfehlungen, die der Hof in seinen Berichten ausspricht, wird umgesetzt. Dieses hohe Maß an Umsetzung macht deutlich, welchen Nutzen die Arbeit des Hofes für die Bürgerinnen und Bürger der EU hat.